

März

2010

Zukunft gestalten

19. Jahrgang
Heft 1/2010

Inhalt

Zukunft gestalten	S. 1
Aktualisierung der Satzung notwendig	S. 2
Treffen mit Ministerpräsident Platzeck	S. 2
Der Wähler hat entschieden	S. 3
Referendum der IGZ	S. 4
Verband feierte den 20. Geburtstag	S. 4
KSR-Programm	S. 7
Termine	S. 8
BFH-Urteil	S. 8
Impressum	S. 8

Entgegen aller öffentlichen Bekundungen über den Erfolg der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer habe ich ein sehr ungutes Gefühl aus München mitgenommen. Politik, und da schließt sich auch zahnärztliche Standespolitik nicht aus, ist ein Ringen um Kompromisse. Revolutionen stehen nicht immerwährend auf der Tagesordnung und führen zuweilen auch nicht zu gewünschten Veränderungen. Insofern ist Träumen zwar schön, hilft aber in der Realität nicht weiter. Die Zahnärzte in Deutschland werden die Welt nicht verändern, bestenfalls können wir sie uns etwas anpassen. Dies sollte man aber andererseits auch nicht mit Schönreden verwechseln.

Mit einer Antragsflut ohne Beispiel in der Geschichte der Bundesversammlung wurden viele Themen in die Warteschleife verdrängt und somit aus Zeitnot nur noch von wenigen und unzureichend diskutiert und beschlossen. Hier ist dringen Handlungsbedarf bei der Satzung der Bundesversammlung geboten.

Leider gibt es immer wieder Akteure, die die Bundesversammlung mit einer Bühne der Selbstprofilierung verwechseln. Es geht dort nicht, zumindest nicht immer, um Personen, sondern um die Sache. Die Sache defi-

nieren nicht die standespolitischen Führer allein. Wenn sie die Interessen der Basis nicht berücksichtigt und von ihr nicht mitgetragen wird, hat sie keine Chance auf Realisierung. Der Konservatismus ist den meisten Zahnärzten, und da nehme ich mich persönlich nicht aus, scheinbar angeboren. Der in der Öffentlichkeit ständig artikulierte Liberalismus ist leider zuweilen nur ein reines Lippenbekenntnis. Veränderungen schaden immer dann, wenn man sie nicht mitgestaltet.

Die Verbandspolitik des VNZLB war und ist immer um eine Balance zwischen Bewahrung und Entwicklung bemüht. Dabei ist die Reaktivierung des Fachzahnarztes für allgemeine Zahnheilkunde nur ein Problem in diesem Spannungsfeld. Die Einbringung unserer fachlichen und gesellschaftlichen Kompetenz bringt die überzeugendsten Ergebnisse mit dem größten Nutzeffekt für die Kollegen.

Mit den besten und herzlichsten Wünschen für eine gesegnete Weihnacht und einen guten Rutsch ins neue Jahr,

Ihr Dr. Eberhard Steglich
Vorsitzender des VNZLB e. V.



**Der Verband Niedergelassener Zahnärzte
wünscht allen Mitgliedern
, ihren Familien und Mitarbeitern
ein frohes Osterfest und einen angenehmen
Start in den Frühling**

Aktualisierung der Satzung notwendig

Der VNZ feierte seinen 20. Geburtstag und so alt ist, bis auf leichte Anpassungen der letzten Jahre (zuletzt 2002), auch seine Satzung. Obwohl die Kernaussagen weiterhin ihre Gültigkeit haben und die standespolitische Ausrichtung des Verbandes sich nicht ändern soll, wirken einige Passagen doch etwas „angestaubt“ und bedürfen der Anpassung an die aktuellen Gegebenheiten. Insbesondere die Veränderungen und Liberalisierungstendenzen im Gesundheitsmarkt mit der Entstehung neuer Praxisformen (örtliche und überörtliche Berufsausübungsgemeinschaften, Medizinische Versorgungszentren, Praxisketten, eigene medizinische Einrichtungen der Kostenträger etc.) werfen Fragen auf, deren Antworten sich in der Satzung wiederfinden sollten:

- Wen vertritt der Verband? Alle im Land Brandenburg ansässige Zahnärzte oder nur in freier Praxis arbeitende bzw. angestellte Zahnärzte?
- Können Zahnärzte, die in einer medizinischen Einrichtung einer Krankenkasse oder bei Praxisketten angestellt sind, Mitglied unseres Verbandes sein obwohl eines der Hauptziele des Verbandes der Erhalt der Freiberuflichkeit ist?
- 1990 und in den ersten Jahren nach der Wende stand die Unterstützung der Kollegen beim Übergang von den Polikliniken in die Freiberuflichkeit im Vordergrund der Bemühungen des Verbandes. Wo sollten die heutigen Schwerpunkte der Verbandstätigkeit liegen.

- Sind die Strukturen des Verbandes (Organe, Mitgliederversammlungen, Wahlprozedur etc.) noch zeitgemäß?
- Wo sieht sich der Verband in der Landespolitik auf Bundesebene.

Um diese und andere Fragen zu beantworten, wurde auf der letzten Mitgliederversammlung eine Satzungskommission ins Leben gerufen, die Änderungsvorschläge erarbeitet, welche dann in die neue Satzung einfließen sollen, die im nächsten Jahr der Mitgliederversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird.

Die erste Sitzung des Ausschusses fand bereits Ende September statt, deren Ergebnisse dem Vorstand vorgelegt wurden. Um aber die neue Satzung auf eine breite Basis stellen zu können, sind alle Verbandsmitglieder aufgerufen, sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen und ähnlich der Erarbeitung des neuen Grundsatzprogrammes ihre Gedanken und Ideen an den Vorstand heranzutragen. Den vollständigen Text der zurzeit gültigen Satzung, wie auch die Kontaktadressen des Vorstandes (verantwortliches Vorstandsmitglied im Satzungsausschuss ZA S.Albrecht) finden Sie auf den Internetseiten des Verbandes (www.vnzlb.de).

Sven Albrecht

Treffen mit Ministerpräsident Platzeck

Zum ihrem jährlich stattfindenden Gespräch hatte Ministerpräsident Matthias Platzeck alle Mitgliedsverbände des Landesverbandes der freien Berufe Land Brandenburg e. V. (LFB) am 14. Dezember in die Staatskanzlei eingeladen. Anwesend waren ebenfalls die Staatssekretäre des Wirtschaftsministeriums, Henning Heidemanns, des Sozialministeriums, Prof. Dr. Wolfgang Schroeder sowie des Gesundheitsministeriums, Dr. Heinrich-Daniel Rühmkorf. Die brandenburgischen Zahnärzte wurden vertreten vom Kammerpräsidenten und Vizepräsidenten des VNZLB, Jürgen Herbert und vom Vorstandsvorsitzenden der KZVLB, Dr. Gerhard Bundschuh. Jürgen Herbert forderte die Landesregierung auf, die Zahnärzte in ihren Anliegen zu unterstützen und die Ost-West-Angleichung der ver-



tragszahnärztlichen Vergütung weiterhin konsequent zu verfolgen und den Bürokratieabbau auch im ambulanten Gesundheitswesen zu forcieren.



Die Karten sind neu gemischt und die Trümpfe liegen bei den bürgerlichen Parteien. Für jeden interessierten und engagierten Bürger steht jedoch eines fest: Nach den ersten politischen Aussagen der Wahlsieger wird es keinen völligen Neuanfang geben. Der von weiten Teilen der Beteiligten bzw. Betroffenen bekämpfte Gesundheitsfonds wird wohl auch diese Regierung überleben. Zu groß ist derzeit der Drang der Konservativen zur Obhutspflicht gegenüber dem „mündigen Bürger“. Doch durch den Einzug der Liberalen in die Regierung gibt es zumindest einen Hoffnungsschimmer, wenn sich diese nicht nur als softe Machtpotentaten beweisen wollen. Wir werden sie beim Wort nehmen und immer wieder an die freiheitlichen liberalen Inhalte der Wahlversprechen erinnern. Budget und Degression sind einer modernen wissenschaftlichen Zahnmedizin wesensfremde Knebelungsmechanismen, die letztendlich mehr dem Patienten, als dem Arzt schaden.

Natürlich müssen wir auch unsere Hausaufgaben machen. Stillstand zeigt Handlungsunfähigkeit und stellt uns ins Abseits. Die HOZ ist der Beweis, dass wir zukunftsweisende Konzepte, die sich an der Wissenschaft und der sozialen Verantwortung orientieren, entwickeln können. Die europäische Gesetzgebung gibt zunehmend den Handlungsrahmen auch in der Gesundheitspolitik vor. Die grenzüberschreitende Dienstleistungsfreiheit ist die Grundprämisse der Europäischen Gemeinschaft. Dies geht jedoch nicht mit der derzeit herrschenden Systematik der deutschen Sozialversicherung konform. Es schreit geradezu nach Widersprüchen und ist ein Musterbeispiel mehrfach vorzufindender „Innländerbenachteiligung“. Ein bisschen Freiheit ist eben genauso wenig zu haben, wie ein bisschen Schwangerschaft. Im Zuge einer weiter voranschreitenden Zentralisierung und Monopolisierung müssen die Kollegen wach gerüttelt und ihnen die Gefahren des „Teilen und Herrschen“ bewusst gemacht werden. Starke Standesvertretungen sind heute mehr den je eine Grundvoraussetzung für die Chancengleichheit im Verteilungswettkampf.

Freiheit setzt einen informierten und engagierten Bürger

voraus, der sich immer wieder in das tägliche Leben einmischt. Freiheit ist nicht kostenlos und ungefährlich, aber es ist das, wonach alles strebt.

Dr. Eberhard Steglich

Die IGZ fordert die CDU auf, sich auf ihre ursprünglichen Ziele in der Gesundheitspolitik zu besinnen

"Die CDU hat vom Wähler nicht das Mandat zur Regierung mit der FDP bekommen, um jetzt an den faulen Kompromissen aus der Großen Koalition festzuhalten," sagte Dr./RO Eric Banthien, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Zahnärztlicher Verbände Deutschlands. Die CDU war vor vier Jahren für eine Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) über versicherungstechnisch sauber gerechnete Prämien eingetreten. An der Richtigkeit dieses Konzeptes hat sich nach Auffassung der IGZ nichts geändert. "Der Gesundheitsfonds ist eine überbürokratisierte Krücke, die angeblich für die Einführung einer Teilfinanzierung aus Steuermitteln benötigt wird," führt Banthien weiter aus, "dabei zementiert er die Unterfinanzierung der GKV. Davon legt das aktuelle Defizit des Gesundheitsfonds beredtes Zeugnis ab." Die IGZ begrüßt die Forderungen der FDP nach Abschaffung des Gesundheitsfonds und nach dem Erhalt des dualen Versicherungssystems. Die vollständige Privatisierung der Krankenversicherung jedoch und die Abschaffung der körperschaftlichen Selbstverwaltung lehnt die IGZ ab. "Es ist hier wie überall eine Frage des richtigen Maßes," sagte Banthien, "die gesetzliche Krankenversicherung soll solide finanziert werden, und ohne Budgetierung nur für die Leistungen aufkommen, die sie auch leisten kann. Ganz abschaffen können und wollen wir sie nicht. Und wir wollen auch künftig die Möglichkeit haben, durch die Selbstverwaltung am Gesundheitssystem mitzugestalten."

Dr./RO Eric Banthien, Vorsitzender der IGZ



Verbandsvorsitzender und Kammer-Vize Dr. Eberhard Steglich

Zu einer Festveranstaltung anlässlich seines 20-jährigen Bestehens hatte der Verband Niedergelassener Zahnärzte am 26. Februar 2010 eingeladen. Im Aveni-Hotel am Potsdamer Griebnitzsee trafen sich Verbandsmitglieder und ihre Gäste.

An einem Geburtstag, noch dazu einem runden, ist es üblich Rückschau zu halten und sich an die eine oder andere Anekdote aus diesen vielen Jahren zu erinnern. Der Verbandsvorsitzende, Dr. Eberhard Steglich, der Vorsitzende der IGZ, Dr. Eric Banthien und Dr. Karl-Heinz Weßlau hatten als "Männer der ersten Stunde" viel Interessantes zu resümieren. Dr. Weßlau zeigte in einer Präsentation längst vergessene Dokumente aus den Anfangsjahren des Verbandes, von ihm zum Glück pedantisch archiviert. Da gab es eine handgeschriebene Mitgliederliste der Gründungsveranstaltung zu beschmunzeln, deren Namen Dr. Weßlau einzeln verlas. Das erste Verbandsblatt war kaum noch zu entziffern, denn es war mühselig auf einer Schreibmaschine mit möglichst vielen Durchschlägen getippt worden. Kaum zu glauben, aber Computer waren vor 20 Jahren noch eine große Rarität. Fotos des ersten Kammer- und KZV-Vorstands entfesselten großes Gelächter bei den Zuschauern. Bei aller Heiterkeit erinnerte man sich jedoch auch an die Ungewissheit der damaligen Zeit und die rasanten Veränderungen.

Ein Blick zurück

Auszüge aus der Rede von Dr. Weßlau

Diesen besonderen Tag das 20jährige Bestehen des VNZ begehen wir in einer feierlichen Atmosphäre. Wohl alle hier haben in diesen Jahren dazu beigetragen unseren Verband zu der Bedeutung zu verhelfen, den er bisher erreicht hat. Mit Stolz geht unser Blick zurück. Es ist uns als einzigen Verband der neuen Bundesländer gelungen,



Dr. Eric Banthien, Vorsitzender der IGZ und der KZV Hamburg

die Eigenständigkeit zu behalten. Dadurch war eine Standespolitik mit besonderer Ausrichtung auf die Interessen der Zahnärzte der neuen Bundesländer zumindest im Land Brandenburg möglich. Sie alle werden sich sicher erinnern, wie oft wir Schmähungen und Schelte insbesondere vom freien Verband deutscher Zahnärzte erfahren mussten, weil wir deren Bestrebungen, die besonders in den 90er Jahren zur Debatte standen, abgelehnt haben. Unsere Leitlinien von Anfang an waren: Alles was wir tun muss nutzbringend, pragmatisch und praktikabel für uns Zahnärzte sein.

Von Beginn an hat der Verband die Körperschaften KZV und Kammer von ihren kleinsten Anfängen bis zur vollen Funktionsfähigkeit überwiegend mit seinen Mitgliedern aufgebaut. Dabei war uns die Unterstützung von KZV und Kammer Westfalen-Lippe eine ganz wichtige Hilfe. Dort wurde vielen Kollegen die Möglichkeit gegeben, durch Hospitationen in Zahnarztpraxen Westfalens bekannt zu werden. Freundschaften und Verbindungen, die vor so vielen Jahren entstanden sind, werden bis heute weiter gepflegt.

Viele Wünsche damaliger Zeiten sind in Erfüllung gegangen, manche auf der Strecke geblieben und einige einfach von den Ereignissen überrollt worden. Unser erster Wunsch, einen Verband zu gründen, konnte zügig realisiert werden. Allein schon deshalb, weil es bereits seit 1987 Zusammenkünfte niedergelassener Zahnärzte der drei Bezirke Cottbus, Potsdam, Frankfurt/O gab, die sich nur als Angehörige einer FDGB-Bezirksgewerkschaftsgruppe Gesundheitswesen treffen konnten. Aus dem Zusammenhalt dieser Gruppe entstanden Ende 1989 Bestrebungen zur Gründung eines Zahnärzterverbandes. Claus Eichelberger und Jürgen Herbert verfassten den Gründungsauftrag.

Parallel dazu stand ich ab Januar 90 über das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen mit der

BZK in Verbindung. Ich hatte dem Bundesministerium Konzepte zur Einrichtung einer Handelsgesellschaft für gut erhaltene gebrauchte Geräte der westdeutschen Dentalindustrie vorgelegt, da zu derzeit eine Einrichtung mit Neugeräten für uns unerschwinglich schien. Mit BZÄK-Präsident Schneider und Verbandsdirektor Prof. Schulz, der APO-Bank (Direktor Helf) und Vertretern von Dentalhandel und Industrie fand am 20.2.1990 ein Gespräch in Frankfurt/M statt über Lieferung gebrauchter Geräte für sich niederlassende Zahnärzte. Das Ergebnis war die Initiative der BZÄK für Praxisgründungen junger Zahnärzte in der DDR. Hier



Dr. Karl-Heinz Weßlau, VV-Vorsitzender der KZVLB, präsentierte Dokumente und Fotos aus den Anfangszeiten des Verbandes

war allerdings "jung" im Sinne von Neuanfang zu sehen. Mit der Einführung der Währungsunion ist dieses Projekt dann nicht mehr verfolgt worden, denn es bestand nun die Möglichkeit Neugeräte mit Krediten - wobei besonders die APO-Bank engagiert war - zu kaufen. Über meine Aktivität muss ich heute manchmal staunen, denn wie sich aus den Daten ablesen ließ, tagte diese Gruppe am 20.2.90 bis nachts 23.30 und am 21.2. war ich dann in Zeuthen zur Verbandsgründung.

Ein turbulentes Jahr folgt der Gründung

Dem Aufruf waren 24 niedergelassene Zahnärzte gefolgt. Der Verband war gegründet und nun folgte ein Jahr, das wohl für viele Kollegen in ganz besonderer Erinnerung blieb. Und dies sollte besonders auch für den Vorstand gelten.

Unser vordringlichstes Ziel war die Beratung und Vorbereitung der niederlassungswilligen Kollegen. Insbesondere sprachen uns Zahnärzte aus Polikliniken an, Wege in die eigene Praxis zu finden. Es war die Hochzeit der Praxisgründungsseminare. Ende 1990 gab es bereits 850 niedergelassene Kollegen in Brandenburg und Ende 1991 ca. 1300. Unsere Tätigkeit hat mit dazu beigetragen, dass im Lande Brandenburg zu dieser Zeit bereits die meisten Kolleginnen und Kollegen zugelassen und

damit in eigener Praxis tätig waren. Ganz besonders positiv hat sich das auf die Budgetfestlegung für die späteren Jahre ausgewirkt.

Berliner Erklärung gibt Startschuss zur Gründung der Körperschaften in den neuen Ländern

Da die Gründung unseres Verbandes auch in den anderen Teilen der DDR bekannt wurde, nahmen wir mit interessierten Kollegen Kontakt auf. Es bestand auch in Ostberlin ein Verband der niedergelassenen Zahnärzte, Interessengemeinschaften bildeten sich in andern Teilen der DDR, und so war es folgerichtig sich zusammensetzen. Auf dem ersten Treffen, zu dem ich zum 13.6.1990 nach Bernau eingeladen habe, kamen Kollegen aus allen Bereichen der DDR. Es wurden Strategiefragen besprochen und ein Brief an den Gesundheitsminister Kleditzsch verfasst, in dem wir unsere Mitarbeit anboten. Gleichzeitig legten wir einen Folgetermin zum 4.7.1990 in Dessau fest. In dieser Beratung waren die Forderungen der Berliner Erklärung formuliert, die auf der Großveranstaltung im ICC mit über 3000 Teilnehmern am 11. Juli beschlossen wurde. In einer denkwürdigen Veranstaltung im Juli 1990 bildete sich in Potsdam die

KZV e.V. Land Brandenburg und schloss am 17. Juli einen Kooperationsvertrag mit der KZVWL. Kammer und KZV Westfalen-Lippe leisteten uns breite Unterstützung beim Aufbau unserer Landesorganisationen. Diese Zusammenarbeit war entscheidende Hilfe und Triebfeder für unsere Entwicklung und damit für die Bildung von KZV und Kammer.

Wirklich, im Sommer gab es wenig Zeit zum Ausruhen. Unser Verband hatte beschlossen, Ende September einen Verbandstag als Jahrestagung für alle Zahnärzte des zukünftigen Landes Brandenburg zu organisieren. So einfach wie heute, wo man diese Aufgabe professionellen Veranstaltungsagenturen übergibt, war es damals nicht. Wir hatten wenig finanzielle Mittel und mussten die komplette Organisation und Durchführung selbst in die Hand nehmen. Einige Anwesende werden sich mit Sicherheit noch an den 29. und 30. September 1990 erinnern. Immerhin gab es 450 Teilnehmer und einen interessanten Tagungsteil, der überwiegend auf die Probleme der Neugründungen zugeschnitten war. Auch hier waren wir für die Unterstützung aus Münster und Berlin dankbar. Neben den Vorstandsmitgliedern unseres Verbandes referierten Dr. Degener, Dr. Seligman, Dr. Schoettler, Dr. Plöger, Herr Loos und Herr Grunow. Wir alle haben bei dieser Veranstaltung viel für unsere Niederlassungen lernen können.

Verband feiert den 20. Geburtstag

Mit unserer Einladung zum großen Gesellschaftsabend, an den sich viele noch lange erinnern haben, konnten wir ein wenig Dank abtragen.

Besonders beeilt hat sich unserer heutiger Kammerpräsident, denn er wollte unbedingt zu diesem Verbandstag das erste Mitteilungsblatt unseres Verbandes vorlegen.

Zum Jahresende 1990 waren die Vorbereitungen zur Wahl unserer Zahnärztekammer zu treffen, die im Januar 1991 stattfanden. Dabei ist besonders zu erwähnen, dass wir Unterstützung durch die Kammer Westfalen-Lippe, insbesondere durch den damaligen Kammerpräsidenten Jürgen Weitkamp und den Direktor Neumann-Wedekind hatten. Mit großer Mehrheit zog unser Verband in die Kammerversammlung ein und wählte seinen ersten Vorstand.

KZV-Start mit Hindernissen

Da die KZV im Vorjahr nur als eingetragener Verein gewählt wurde und somit keine öffentlich rechtliche Körperschaft darstellte, war eine Neuwahl der KZV Land Brandenburg erforderlich. Das Ergebnis im Mai brachte dem Verband ebenfalls eine große Mehrheit. Allerdings war die Wahl hier durch einen Passus im Einigungsvertrag verzerrt.

Es durften nur 20 Mitglieder aus dem Wahlbereich der niedergelassenen Zahnärzte in die Vertreterversammlung gewählt werden und die übrigen 20 aus dem staatlichen Bereich. Auch hier hatte uns inzwischen die Zeit überholt, so dass es nicht mehr genügend angestellte Zahnärzte gab. Der Einigungsvertrag ging davon aus, dass die Zahl

der Niedergelassenen Zahnärzte 1991 wesentlich geringer sein würde. Man rechnete nicht damit, dass Mitte des Jahres 1991 bereits wesentlich mehr als die Hälfte aller brandenburgische Zahnärzte in eigener Praxis niedergelassen waren. So wurden zunächst nur 32 Sitze der VV besetzt. Bei der Nachwahl gelang es unserem Verband, noch fünf Kandidaten aus dem angestellten Bereich zu nominieren, die alle gewählt wurden. Damit setzte sich unsere VV aus 37 statt 40 Vertretern zusammen. In beiden Körperschaften war unserer Verband mit breiter Mehrheit vertreten - das Engagement der ersten zwei Jahre zeigte Erfolg.

Diese zwei Jahre zwischen Herbst 1989 bis Ende 1991 waren für sehr viele von uns Zeiten, die wir wohl nie vergessen werden. Wer uns 1988 eine derartige Zukunft weisgesagt hätte, wäre nur mitleidig belacht worden. Heute, 20 Jahre später, wissen wir, was wir geschafft haben aber wir sollten nicht vergessen, was unser Land 1989 für einen glücklichen Stern hatte.

Ich glaube, wir haben heute, 20 Jahre nach der Gründung unseres Verbandes Grund stolz zurückzublicken aber wir auch zuversichtlich in die Zukunft zu schauen. Und damit auch Grund heute gemeinsam zu feiern!!

Gesagt, getan. Es folgte ein heiterer Abend mit vielen Gesprächen unter Kollegen und Freunden.



In Feierlaune: Dr. Eberhard Steglich, Dr. Wolfgang Kopp und Jürgen Herbert (o) sowie Mitglieder und Gäste des VNZLB



Datum	Zeitplan	Kursangebot alternativ	Vortrag	Referent	Punkte
Anreise Freitag, 01.10.2010 Antalya, Türkei Abfahrt: 23:00 Uhr	21:00-23:00		Begründung und Vorstellung der Referenten Standespolitische Diskussion	Jürgen Herbert Dr. Eberhard Stiglich Rainer Linke	2,0
Samstag, 02.10.2010 Marmaris Türkei Ankunft: 10:00 Abfahrt: 20:00	11:00-12:00 15:00-16:00	20:30-22:30	Therapie von Kniegelenkserkrankungen und Bestimmung der Zentrik mittels computerge- stützter Reposition. Das CAR-Gerät	Prof. Dr. Winzen	2,0
Sonntag, 03.10.2010 Santorin, Griechenland Ankunft: 08:00 Abfahrt: 18:00	09:00-10:30 11:00-12:00 15:00-16:00	18:30-20:30 20:30-22:30	Modernes Praxiskonzept Zukunftssicherung: Vermögensaufbau, Altersvorsorge	Ute Niedner Frank Pfeilflicker/ Jürgen Nitsche	2,0 2,0
Montag, 04.10.2010 Kreta-Heraklion, Griechenland Ankunft: 08:00 Uhr Abfahrt: 20:00 Uhr	10:00-11:00 15:00-16:00	20:30-22:30	Aktueller Stand der Stimulfr-Technik	Dr. Köhler	2,0
Dienstag, 05.10.2010 Seelag	09:00-11:00 11:00-13:00 15:00-17:00 20:30-22:30		Moderne Verfahren der Röntgendiagnostik - Wieviel Diagnostik braucht der Zahnarzt? Funktionsdiagnostik mit opto-elektronischen Registriergeräten am Beispiel des Freecorder Blue Fox Abrechnung diagnostischer Leistungen nach Bema und GOZ Der Zahnarzt als Unitennehmer - Strategische Planung in der modernen Zahnarztpraxis z. B. Abrechnung, Finanzierung, Steuern, Lohnt sich das Eigenlabor? Berufsausbildungsge- meinschaften	Dr. Köhler Prof. Dr. Winzen Dr. Sobek/Linke Pfeilflicker/Nitsche/Linke	2,0 2,0 2,0 2,0
Mittwoch, 06.10.2010 Kairo/Port Said, Ägypten Ankunft: 06:00 Uhr Abfahrt: 22:00 Uhr	20:30-21:30 21:30-22:30		Abrechnung von Aufzubscheiden nach Bema und GOZ Abrechnung der Funktionsdiagnostik/Funktionstherapie nach Bema und GOZ	Dr. Sobek/ Rainer Linke Dr. Sobek/ Rainer Linke	1,0 1,0
Donnerstag, 07.10.2009 Limassol, Zypern Ankunft: 11:00 Uhr Abfahrt: 17:00 Uhr	18:00-19:30 21:30-22:30		Möglichkeiten der freien Vertragsgestaltung beim GKV-Versicherten; Verbot der Zuzahlung - Ablösung - Mehrkostenvereinbarung - Zusätzliche Privatleistungen Seminar-Abschlussveranstaltung, Ausgabe der Zertifikate	Rainer Linke Jürgen Herbert Dr. Eberhard Stiglich Rainer Linke	1,5 1,0
Freitag, 08.10.2010 Antalya, Türkei Ankunft: 05:00 Uhr Abflug					Gesamt: 22,5

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung des VNZLB findet vom 25. bis 26. Juni 2010 in Großräschen in der Niederlausitz statt.

Am Freitag, den 25. Juni ist eine Besichtigung des Besucherbergwerks geplant. Das Industriedenkmal befindet sich im Landkreis Elbe-Elster, südlich der Ortschaft Lichterfeld am zukünftigen Bergheider See.

Mit der "Abraumförderbrücke F 60" steht in Lichterfelde ein Gigant der Technik: 502 Meter lang, 202 Meter breit und 80 Meter hoch, erZahnärzthlt die 11.000 Tonnen schwere ehemalige Abraumförderbrücke F 60 von Geschichte und Gegenwart des Braunkohlenbergbaus in der Lausitz.

Am Samstag, den 26.06.2010 findet die Neuwahl des Vorstandes des Verbandes Niedergelassener Zahnärzte Land Brandenburg e. V. statt.

BFH kippt steuerliches Aufteilungsverbot bei „gemischt veranlassenen Reisen“

Der Große Senat des Bundesfinanzhofes (BFH / München) hat laut Bericht der Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) eine grundsätzliche Kehrtwende bei der steuerlichen Beurteilung sog. „gemischt veranlassener Reisen“ gemacht. In der bisherigen Rechtsprechung galt bei einer berufsbedingten Reise (Fortbildung, Dienstreisen, etc.), die gleichzeitig private Komponenten enthielt, das „Alles-oder-Nichts-Prinzip“. Es lag mehr oder weniger im Ermessen des Finanzamtes, wie dann entschieden wurde. Damit soll nun Schluss sein: Die BFH-Richter halten die Aufteilung sämtlicher Kosten – auch der Hin- und Rückreise – und eine entsprechende steuerliche Berücksichtigung für gerechtfertigt. Voraussetzung sei u.a. aber, dass die zeitlichen Anteile von „privater Lebensführung“ und „beruflichem oder betrieblichem Anlass“ anhand objektiver Kriterien festzustellen seien.

Zu verdanken ist das Urteil der Hartnäckigkeit eines Steuerzahlers, der sich 16 Jahre lang vor Gericht gegen Negativ-Bescheide seines Finanzamtes zur Wehr setzte. Der Computerexperte hatte über vier Tage eine Fachmesse in Las Vegas besucht und anschließend noch drei private Urlaubstage angehängt. Die Finanzbeamten hatten die Flugkosten daraufhin in toto dem privaten Sektor zugeordnet. Dem widersprach nun letztendlich das oberste Finanzgericht. Dem Einkommensteuergesetz sei ein solches Aufteilungsverbot in beruflich und privat veranlasste Anteile „in Wirklichkeit nicht zu entnehmen“.

Die Entscheidung (Az.: GrS 1/06) könnte sogar noch weiterreichende Bedeutung bekommen, da die Richter selbst „Auswirkungen auch auf die Beurteilung anderer gemischt veranlassener Aufwendungen“ für möglich halten.

Quelle: „FAZ“ vom 14.01.2010

Beitrittserklärung

An den Verband Niedergelassener Zahnärzte
Land Brandenburg e.V.

Helene-Lange-Straße 4-5
14469 Potsdam

Ich trete dem Verband Niedergelassener Zahnärzte Land Brandenburg e.V. bei!

Monatl. Beitrag für niedergel. Kollegen:	15,00 Euro
für Kollegen ohne eigene Niederlassung	8,00 Euro
für Studenten und Rentner	2,50 Euro

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel

Einen Aufnahmeantrag zum Beitritt in den Verband fordern Sie bitte in der Geschäftsstelle, Helene-Lange-Straße 4-5, 14469 Potsdam, an.

Impressum

Herausgeber:

Verband Niedergelassener Zahnärzte Land Brandenburg e.V.
Helene-Lange-Straße 4-5
14469 Potsdam
Tel.: 0331 2977 104
Fax: 0331 2977 165
E-Mail: VNZLB@i-online.de
Internet: www.vnzlb.de

Redaktion:

Dr. Eberhard Steglich (verantw.)
Dipl. Stom. Jürgen Herbert
Dr. Klaus Markula
Christina Pöschel

Druck:

DMP Digital- & Offsetdruck
Zerpenschleuser Ring 30, 13439 Berlin
ISSN: 0945-9774

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 21.05.2010. Zuschriften redaktioneller Art bitten wir nur an den Herausgeber zu richten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Gezeichnete Artikel und Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. Redaktionsbeiräte wieder. Nachdruck der in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Verlag, Anzeigenverwaltung und Vertrieb:

Quintessenz Verlags GmbH, Komturstraße 18, 12099 Berlin
Telefon: 030 761 80-5, Telefax: 030 761 80 680,
Konto: Deutsche Apotheker- und Ärztebank, Kto-Nr. 369 40 46, BLZ 100 906 03
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 1/2002 gültig.
Geschäftsleitung: Horst-Wolfgang Haase,
Verlagsleitung: Johannes W. Wolfers,
Herstellung: Heike Rohde,
Vertrieb: Angela Köthe,
Anzeigen: Samira Rummel

Die Zeitschrift erscheint im Jahr 2010 am 16.3., 26.5., 22.9. und 8.12. Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezugsgebühr: jährlich 16,00 Euro zuzüglich Versandkosten. Einzelheft: 3,00 Euro. Bestellungen werden vom Verlag entgegen genommen. Die Kündigungsfrist für Abonnements beträgt 6 Wochen zum Ende des Abonnements beträgt 6 Wochen zum Ende des Kalenderjahres.